

30.05.2011 – PM 46/2011

Atomausstieg

IG BAU fordert bessere Regeln für einen schnellen Stromnetzausbau

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt den Vorschlag der Ethikkommission für einen raschen Atomausstieg und fordert von der Politik klare Regeln für einen schnellen Ausbau des Stromnetzes sowie für alternative Kraftwerke und Energiespeicher. „Nach dem Hin und Her in der Atompolitik muss in der Bevölkerung und bei den Investoren Vertrauen aufgebaut werden. Ein Atomausstieg mit Hintertür darf es nicht geben. Das hat die Ethikkommission richtig erkannt“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel zum Abschlussbericht der Kommission, der einen Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb eines Jahrzehnts für realistisch hält und eine eindeutige zeitliche Zielsetzung einfordert. „Nur wer sich auf die Politik verlassen kann, wird sein wirtschaftliches Handeln danach ausrichten“, sagte WieseHügel. „Das gilt für Unternehmen wie für die Endverbraucher.“

Aus Sicht der IG BAU hängt die erfolgreiche Umsetzung der Ausstiegsstrategie wesentlich davon ab, ob es gelingt, das Stromnetz zügig auszubauen, damit es für die Anforderungen moderner Energieerzeugung gerüstet ist. „Wir brauchen jetzt dringend Rechtsvorschriften, die einen zügigen bürger- und umweltgerechten Ausbau der Stromnetze ermöglichen. Gleichzeitig müssen Energiespeicher im Einklang mit dem Umweltschutz geplant und gebaut werden“, sagte WieseHügel. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, dass es von der Planung bis zur Fertigstellung von Stromtrassen viel zu lange dauert. „Die Bürger müssen frühzeitig in die Planungen eingebunden werden“, forderte WieseHügel. „Sonst fehlt beim Bau die nötige Akzeptanz und die Projekte werden auf juristischem Weg torpediert. Das wäre nur Wasser auf die Mühlen der Atombefürworter.“

Nicht vergessen werden darf bei einem zukünftigen Energiekonzept aber auch das Energiesparen, wie die Kommission zu Recht betont hat. „40 Prozent des Energieverbrauchs findet in Gebäuden statt. Wir brauchen daher eine beschleunigte energetische Sanierung von Immobilien. Dazu benötigen die Gebäudeeigentümer eine verlässliche Förderung für Maßnahmen der CO2-Sanierung in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Euro jährlich“, betonte Wiesehügel.

(2159 Zeichen)